

Offener Brief

„18, 20, 10, passe ... - 2010 jetzt haben wir's!“

Die Teilnehmenden des diesjährigen Landestreffens der Erwerbslosen aus NRW in Haus Villigst, Schwerte, kritisieren das Konzept zur Reform der deutschen Sozialsysteme und des Arbeitsmarktes, die „Agenda 2010“.

Zentrale Forderungen sind eine gerechte Umverteilung von Arbeit und Einkommen, existenzsichernde Mindestlöhne und eine Anhebung der Regelsätze.

Die gravierenden Konsequenzen aus dem massiven Umbau unseres Sozialstaates für Menschen ohne Arbeit, für Geringverdienende, 1-Euro- oder Mini-Jobber bleiben auch gesamtgesellschaftlich nicht ohne Folgen: Unser Land ist stärker denn je von der Angst vor dem sozialen Abstieg und dem Gefühl wachsender Ungerechtigkeit geprägt.

„In den letzten 5 Jahren sind etwa 8 Prozent der sog. Mittelschicht in die Abhängigkeit staatlicher Sozialleistungen abgerutscht“, stellt Prof. Dr. Franz Segbers, Referent für Ethik im Diakonischen Werk in Hessen und Nassau, fest.

Bei dem zu erwartenden finanzpolitischen Fiasko wird sich die Situation der armen Menschen weiter verschlechtern. Die Erwartungen an das Urteil des Bundesverfassungsgerichts als letzte Instanz waren sehr hoch. Zwar wurde die gesetzliche Regelleistung von Hartz IV grundsätzlich in Frage gestellt, aber es ist völlig unklar, wann und wie der Richterspruch durch die Bundesregierung umgesetzt wird. Es entwickelt sich „ohnmächtige Wut“ gegen die Politik des Aussitzens.

Martin Künkler, Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen, Berlin, stellt die Aktionspläne für eine zentrale Aktion im Oktober 2010 vor. Ein breites Bündnis bundesweit bekannter Netzwerke wird angesichts der Neufestsetzung der Hartz IV-Regelsätze deutlich machen: So kann es nicht weitergehen. „Die Brücke von den Noch-Arbeitnehmern zu den bereits Ausgegrenzten muss geschlagen werden: Für Fairness in der Arbeitswelt sind existenzsichernde Mindestlöhne und die deutliche Erhöhung der Hartz IV Regelsätze unabdingbar.“

Kein Mensch „verdient“ es, über einen Regelsatz definiert zu werden. Aber der Umbau unseres Sozialsystems hat bewirkt, dass sich der Mensch seine Würde durch erzwungene Anpassung verdienen muss.

Dr. Stefan Leibold, Institut für Ethik und angrenzende Sozialwissenschaften, Münster, prognostiziert: „Die Krise beginnt erst, die Arbeitslosigkeit wird gewaltig ansteigen und der Druck auf ‚Überflüssige‘ wird zunehmen.“ Seine zentrale Aussage: „Nimmt ein Arbeitsloser ein unwürdiges Angebot nicht an, ist er kein ‚Sozialschmarotzer‘, sondern handelt im Sinne seiner Menschenwürde“ (GG Art.1).

Hartz IV ist komplett gescheitert. Die Arbeitslosen werden nicht weniger und die Armen werden immer mehr (Armutsbereich der Bundesregierung). Die Reserven der Betroffenen sind längst aufgezehrt: finanziell, physisch und psychisch. Die Armut breiter Bevölkerungsschichten, besonders der Kinder, bedroht den sozialen Frieden (Sozialbericht NRW 2007).

Das Landestreffen wird getragen vom Institut für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen, dem DGB Landesbezirk NRW und dem Diakonischen Werk Rheinland Westfalen Lippe.